

**Von:** [Michael Groß MdB Wahlkreis](#)  
**An:** [kontakt@rentenpolitikwatch.de](mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de)  
**Thema:** Anfrage vom 10. April 2016  
**Datum:** Dienstag, 26. April 2016 10:57:13  
**Anlagen:** [Antwort Rentenwatch 26042016.pdf](#)

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang übermittele ich Ihnen die Antworten des Bundestagsabgeordneten Michael Groß mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
Beate Pliete

**Wahlkreisbüro Michael Groß, MdB**

Victoriastr. 63  
45772 Marl  
Tel: 02365/32444  
NEU [www.michaelgrossmdb.de](http://www.michaelgrossmdb.de)  
[www.facebook.com/michaelgrossmdb](https://www.facebook.com/michaelgrossmdb)



**Michael Groß MdB**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
wohnungsbaupolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

Michael Groß MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

## Rentenwatch

Rentenwatch  
Marl, 26.04.2016  
WK bp

**Michael Groß MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-74838  
Fax: +49 30 227-76257  
Michael.gross@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**

Victoriastraße 63  
45772 Marl  
Telefon: +49 (02365) 32444  
Fax: +49 (02365) 93 35 84  
Michael.gross.wk@bundestag.de

1. Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Ja, dafür setze ich mich bereits seit einigen Jahren nachweislich ein. Entscheidend dabei ist nicht der nominale Satz, sondern dass die Rente tatsächlich ausreicht, um den Lebensstandard zu sichern. In diesem Zusammenhang verweise ich auf das von mir erstunterzeichnete Papier „Profil schärfen – sozialdemokratischen Aufbruch gestalten“: (Zitat) In der Rentenpolitik muss die SPD

- die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,
- das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.
- die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

2. Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Die Umsetzung der oben beschriebenen Faktoren wird zur Verhinderung von Altersarmut beitragen. Dennoch ist es unerlässlich, die auf dem Arbeitsmarkt begonnenen Reformen mit Mindestlohn, Verhinderung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit, sowie deren Beschränkung auf ein unvermeidbares Minimum weiter zu verbessern. Die Einführung des Mindestlohns kann dabei nur der erste Schritt gewesen sein, denn dieser



Lohn garantiert zwar ein Auskommen höher als die Grundsicherung, garantiert aber auch nur eine Alterssicherung an der Armutsgrenze. Darüber hinaus stellt die Hans-Böckler-Stiftung im wsi-report im Dezember 2014 fest: „Tarifverträge gelten nach wie vor als zentrales Regulierungsinstrument der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Im Jahr 2013 arbeiteten in Deutschland laut Ergebnissen des IAB-Betriebspanels rund 58 % der ArbeitnehmerInnen in tarifgebundenen Betrieben (Elguth/Kohaut 2014a).“ Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass 42 % der ArbeitnehmerInnen in nicht tarifgebundenen Betrieben arbeiten. Tarif-, Arbeits- und Gesundheitsschutz somit nicht gewährleistet sind. Ausschließlich zum guten Leben auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse reichen auch für eine solide Altersversorgung.

3. Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

In einem auch von mir formulierten Antrag an den SPD-Bundesparteitag 2015 des SPD-Kreisverbandes Recklinghausen fordern wir, die Zuführung aller Beschäftigungsverhältnisse zum solidarischen Versicherungssystem ebenso wie die Beteiligung aller Berufsgruppen wie Selbstständige, FreiberuflerInnen und BeamtenInnen in ein gesetzliches Rentenversicherungssystem.

Diese Forderung unterstützte ich nach wie vor.

4. Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in 2008/2009 hat gezeigt, dass nur die umlagefinanzierte Rente eine stabile Altersversorgung garantieren kann. Der mit der Reform erwartete Erfolg bei der Riester-Rente ist nicht eingetreten. Viel zu häufig sind gerade Menschen im Niedriglohnbereich nicht in der Lage, private Vorsorge zu treffen.

Bisher abgeschlossene (Riester-) Verträge genießen jedoch Vertrauensschutz. Künftig kann freiwillige private oder betriebliche Vorsorge nur als „on top“ gewertet werden, keineswegs sind diese Instrumente geeignet, die Altersversorgung lebensstandardsichernd abzudecken. Insofern ist auch von einer staatliche Förderung der privaten Vorsorge nach einer entsprechenden Rentenreform zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung abzusehen.



5. Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Auch hier verweise ich auf das von mir unterzeichnete Zukunftspapier. „Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

- sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
- einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.
- Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

- der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,
- dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
- einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte
- einer Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.“

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies zu einer solidarischen Gesellschaft beiträgt, in dessen Fortschritt z. B. auch die Gleichstellung von Löhnen und Renten in Ost und West steht.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Groß, MdB